Avanti ²

ISO Rhein-Neckar

Foto: helmut-roos@web.de.

Warnstreikkundgebung der IG Metall auf dem Mannheimer Marktplatz am 24.01.2018.

Nur wer kämpft, kann gewinnen!

B. G.

Der vorläufige Abbruch der Tarifverhandlungen zwischen IG Metall (IGM) und Südwestmetall am 27. Januar in Stuttgart kam für viele überraschend. Hatten doch die Nachtgespräche der beiden Seiten eher einen Abschluss als eine weitere Eskalation erwarten lassen. Zudem gab es bis dahin mehrere Kompromissversuche der Gewerkschaft.

Laut *Stuttgarter Zeitung* vom 28.01.18 sagte der IGM-

Vorsitzende Hofmann, dass die IG Metall den Unternehmen bei der Arbeitszeit weit entgegengekommen sei. Die Gewerkschaft „sei zu einer ‚deutlichen Ausweitung der Möglichkeiten von Arbeitgeberflexibilität‘ und der ‚wirksamen Begrenzung von Betriebsratsmitbestimmung‘ bereit gewesen. Die Gegenseite hätte den Vorschlag ‚vom Tisch gewischt‘.“

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, die SPD-Führung rudert zielstrebig in den Hafen einer neuen GroKo. Wenn nicht die Partei-Mitglieder diesem Vorhaben doch noch eine Absage erteilen sollten, dann ist dreierlei gesichert. Erstens eine beachtliche Anzahl von gut dotierten Minister- und Staatssekretärsposten für das SPD-Führungspersonal, zweitens eine Fortführung der neoliberalen Politik und drittens der weitere Niedergang der SPD.

Im Schatten der Verhandlungen um die Fortführung der GroKo stehen Tarifrunden der Gewerkschaften IG Metall, ver.di und NGG. Es bleibt das Geheimnis der Gewerkschaftsapparate, warum sie ihre Aktionen nicht besser aufeinander abstimmen. „Gemeinsam sind wir stark.“ Gilt diese alte Erkenntnis nicht mehr?

Weitere Themen in dieser Ausgabe sind die kurz bevorstehenden Betriebsratswahlen, die Profitmaximierung durch „Stuttgart 21“ und Karl Marx, dessen 200. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird.

Wir hoffen, dass Euch diese Auswahl interessiert, und wünschen viel Spaß beim Lesen!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	KARL MARX 200
01 IG METALL Nur wer kämpft, kann gewinnen	06 KARL MARX Der Unvollendete?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	07 „MA-RX 200“ Aufruf zu Umzug und Fest
02 TARIFRUNDE PFLEGE Mehr von uns ist gut für alle	RÜCKBLLENDE / TERMINE
03 BR-Wahlen II Gegenmacht im Betrieb?	08 NEIN ZUM KRIEG Solidarität mit Afrin
S21? – OBEN BLEIBEN!	08 TERMINE
04 STUTT GART 21 Interview mit Winfried Wolf	

Fortsetzung von Seite 1

Südwestmetall-Vertreter Wolf und Gesamtmetall-Präsident Dulger sahen die Schuld an der Nichteinigung natürlich bei der IGM.

Die Gewerkschaft kündigte noch am 27.01.2018 24-stündige Warnstreiks in rund 250 Betrieben aller Tarifgebiete an, 70 davon in Baden-Württemberg und 4 in Mannheim (Benz, Caterpillar, John Deere und Wabco). Gleichzeitig unterstrich Hofmann aber, dass man hoffentlich am ersten Februar-Wochenende wieder „am Verhandlungstisch sitzen“ werde. Deshalb sind bisher die Tarifverhandlungen auch nicht für gescheitert erklärt.

Regionalverbände von Gesamtmetall versuchen mittlerweile auf Anweisung des Dachverbandes, die angeblich „rechtswidri-

gen Streiks“ der Gewerkschaft per Arbeitsgericht zu verbieten. Offensichtlich wollen die Kapitalisten in dieser Tarifrunde nicht nur ausloten, wie weit die IG Metall handlungsfähig und -willig ist, sondern ob sie das begrenzte Streikrecht in der Bundesrepublik noch weiter einschränken können.

Das Beste, was der IG Metall und allen Gewerkschaften hierzulande passieren könnte, ist deshalb das Scheitern der Verhandlungen. Dies wäre die Voraussetzung für eine Urabstimmung über den Flächenstreik. Die IG Metall-Führung und die Kapitalisten würden danach sehr schnell merken, dass sich durch einen Arbeitskampf Kräfteverhältnisse auch am Verhandlungstisch spürbar zugunsten der Gewerkschaftsmitglieder verändern. Denn: Nur wer kämpft, kann gewinnen! ■

Für Entlastung des Klinikpersonals „Mehr von uns ist besser für alle“

M. G.

In den Kliniken in Deutschland fehlen nach Angaben von ver.di 162.000 Beschäftigte, davon allein 70.000 in der Pflege. Zwar soll es ab 2019 für „pflegesensitive Bereiche“ Personaluntergrenzen geben. Doch das reicht nicht. Ver.di fordert gesetzliche Vorgaben für alle Pflegebereiche, die sich am Bedarf der PatientInnen orientieren.

Als Sofortprogramm fordert ver.di, dass auf keiner Schicht mehr alleine gearbeitet wird und PraxisanleiterInnen für die Ausbildung freigestellt werden. Das erfordert 20.000 zusätzliche Vollzeitstellen, die umgehend zu schaffen sind. Und für alle Beschäftigten – nicht nur in der Pflege – fordert die Gewerkschaft Entlastung durch bessere Arbeitsbedingungen in den Kliniken. Niemand dürfe durch die Arbeit krank werden. Das sicherzustellen, sei die Verantwortung der Krankenhausleitungen.

Ver.di will den Druck auf die Politik und die Klinikunternehmen auf drei Ebenen verstärken:

- Politisch: Mehr Personal soll per Gesetz festgeschrieben werden, um die Versorgung der PatientInnen zu sichern.
- Betrieblich: Die Beschäftigten sollen gemeinsam handeln und ihre Rechte aus dem Arbeitsschutzgesetz und den Tarifverträgen einfordern.
- Tariflich: Die Klinikunternehmen sollen verpflichtet werden, „gute Arbeit“ durchzusetzen.

Die Bewegung für einen Tarifvertrag Entlastung ist mittlerweile auch in der Rhein-Neckar-Region angekommen. Am 25. Januar beteiligten sich rund 1.000 KollegInnen am Warnstreik des Uni-Klinikums Heidelberg. Mit dabei waren Delegationen des Pflegepersonals aus Freiburg, Mannheim und dem Saarland sowie unter anderem KollegInnen der IG Metall und des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar. Diese branchenübergreifende Solidarität ist noch stark ausbaubar.

Auch für die Pflege gilt: Ohne systematische und öffentlichkeitswirksame Ausweitung der Arbeitskämpfmaßnahmen wird sich am Verhandlungstisch wenig bewegen.

Die jüngsten Beteiligten am Warnstreik des Uni-Klinikums Heidelberg, 25.01.2018.

BR-Wahlen 2018

Teil II*

Wie Gegenmacht im Betrieb organisieren?

O. T.

Im Vorfeld der anstehenden Betriebsratswahlen wollen wir uns mit zwei grundlegenden Fragen beschäftigen. Welche Aufgaben haben Betriebsrat und Gewerkschaft? In welchem Verhältnis stehen sie zueinander und zum Kapital?

Die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sind Vereinigungen der abhängig Beschäftigten zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen. Ihre Aufgabe ist es, für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Rechte im Betrieb, Arbeitszeitverkürzungen und weitergehende gesellschaftspolitische Ziele – wie z. B. für sichere Renten und gegen die Prekarisierung der Arbeitswelt – zu kämpfen.

Die Gewerkschaften schließen als Verhandlungspartner von Kapitalverbänden oder Geschäftsleitungen überbetriebliche (Flächentarife) oder auch betriebliche Tarifverträge ab. Sie führen dazu Lohnkämpfe, gegebenenfalls auch mit Hilfe von Streiks und Boykotten. Die Gewerkschaften sollten versuchen, im Interesse ihrer Mitglieder einen möglichst großen Teil der Unternehmensgewinne als Entgelt und zur Finanzierung von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen an die Beschäftigten umzuverteilen. Dagegen vertritt die Unternehmensführung die Interessen der Kapitaleseite, die möglichst hohe Gewinne einstreichen will. Da es keine gerechte Aufteilung der Profite gibt, ist die Gewinnverteilung eine Machtfrage. Dies markiert auch den zentralen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital.

Das Wirkungsrecht der Gewerkschaften leitet sich aus dem Koalitionsrecht bzw. der Koalitionsfreiheit ab. Alle Beschäftigten haben das Recht, sich im Betrieb in Gewerkschaften zusammenzuschließen, um die Interessen der KollegInnen durchsetzen zu können.

Eingeschränktes Streikrecht

Gewerkschaften dürfen Arbeitskampfmaßnahmen wie z. B. Streik oder andere Arbeitskampfmethoden zur Durchsetzung ihrer Ziele anwenden. Allerdings gelten hierbei einschränkende gesetzliche Regelungen, die den Ablauf bis zum Ausrufen von Streiks regulieren und nicht zuletzt auch behindern. So wird z. B. den Gewerkschaften das Risiko erhöhter Streikkosten bei Aussperrungen aufgebürdet (Streikparagraph 116 AFG). Die Furcht der meisten Gewerkschaftsführungen vor solchen Folgen ist sehr ausgeprägt.

Hinderungsgründe für ein kämpferisches Auftreten der Gewerkschaften sind ferner die weitgehende Akzeptanz des kapi-

talistischen Dogmas der „Wettbewerbsfähigkeit“. In dessen Folge haben sich die Gewerkschaftsführungen weitgehend einer „Standortsicherungspolitik“ verschrieben. Diese vertieft die Illusion der „Sozialpartnerschaft“. Sie erweckt den Anschein, als wäre der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aufgehoben.

Die Folge ist auch, dass eine immer angepasstere Gewerkschaftspolitik die Suche nach „Kompromissen“ mit dem Kapital dominiert. Das führt dazu, dass Forderungen der Beschäftigten fast nur noch in Verhandlungen umgesetzt werden. Die Beschäftigten als Betroffene werden, wenn überhaupt, meist nur noch am Rande mit einbezogen.

Sowohl die Sozialpartnerschaftspolitik als auch die damit verbundene Stellvertreterpolitik münden in eine Sackgasse. Sie nutzen lediglich den Kapitalisten, weil diese ihre eigenen Forderungen immer besser durchsetzen können.

„Betriebliche Standortbündnisse“, die die „Wettbewerbsfähigkeit“ der einzelnen Unternehmens stärken, verschärfen in der Regel nicht nur die Konkurrenz mit KollegInnen, die in anderen Betrieben arbeiten. Sie bedeuten zugleich die Akzeptanz von Flexibilisierung, Arbeitsverdichtung, Lohnverzicht und/oder längeren Arbeitszeiten.

Eine weitere Folge ist: Die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften und das Vertrauen der Mitglieder in ihre Organisation gehen verloren. Die Gewerkschaften stellen sich dadurch letztendlich selbst in Frage.

Um in den Betrieben die notwendige Gegenmacht zu organisieren, brauchen wir aber sowohl Betriebsräte als auch Gewerkschaften, die sich nicht am Profitinteresse der Kapitaleigner und der Geschäftsführung, sondern allein an den Interessen der Beschäftigten orientieren.

Gemeinsam handeln!

Das Wichtigste aber ist: Ohne Einbeziehung der Belegschaft lassen sich keine nachhaltigen Erfolge erzielen. Wir müssen deshalb vor allem die Selbsttätigkeit der Beschäftigten im Betrieb fördern. Auf der betrieblichen Ebene ist das durchaus möglich, weil wir selbst im Betrieb die Gewerkschaft sind und die KollegInnen kennen.

Mit unseren guten Argumenten und einer handlungsfähigen Organisation, die die Interessen der Beschäftigten zum Ausdruck bringt, haben wir die Chance, MitstreiterInnen zu gewinnen. Je mehr dazu bereit sind, sich im Betrieb und in den Gewerkschaften für unsere Interessen zu engagieren, desto größer ist unsere Gegenmacht.

* [Teil I ist in *Avanti*² von Januar 2018 erschienen.] ■

„Stuttgart 21“ abgrundtief+bodenlos

„Stuttgart 21 und sein absehbares Scheitern“ war das Thema einer gut besuchten Veranstaltung des Zukunftsforums Gewerkschaften Rhein-Neckar am 16. Januar 2018.

Auf großes Interesse stieß die fundierte Kritik von Winfried Wolf an S21 bei den TeilnehmerInnen, die sich auch rege in die Diskussion einbrachten.

Musikalisch umrahmt wurde der Abend im Mannheimer Gewerkschaftshaus von Bernd Köhler, der seit Jahren die Bewegung gegen S21 unterstützt.

Nach der Veranstaltung hatten wir Gelegenheit zu einem Interview mit Winfried Wolf.

In Deinem neuen Buch zu S21, *abgrundtief+bodenlos*, gehst Du von einem Scheitern dieses derzeit größten Bauprojekts in Deutschland aus. Worauf begründest Du diesen Optimismus?

W.W.: Es ist diese Summe von bau- und ingenieurtechnischen, finanziellen, geologischen und Sicherheitsaspekten in Kombination mit dieser wunderbaren, kreativen Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21. Sie begleitet wie ein Watchdog [Wachhund] das zerstörerische Großprojekt, was mich auch nach dem Aufsichtsrats-Ja vom 26.01.2018 zu den neuen Kostensteigerungen optimistisch sein lässt.

Du hast vier wesentlich Punkte für das absehbare Scheitern von S21 genannt - die Gleisneigung im geplanten unterirdischen Bahnhof, den Kapazitätsabbau für den Bahnverkehr, die permanente Kostensteigerung und vor allem das Anhydrit-Problem beim Tunnelbau. Kannst Du das bitte erläutern?

W.W.: Der Tiefbahnhof wird mit 15,1 Promille eine Gleisneigung haben, die beim Sechsfachen des „eigentlich“ Erlaubten liegt. Das ist im Fall eines großen Bahnhofs einmalig in der Ei-

senbahnwelt - und extrem gefährlich für die Fahrgäste. Ein beliebiger Lokführer könnte sich mit Verweis auf deutsches und EU-Recht weigern, in den S21-Hauptbahnhof einzufahren.

Die Projektkosten (1995: 2 Mrd., 2011: 4,5 Mrd., 2018: 8,2 Mrd. Euro) erwiesen sich bereits bislang als Fass ohne Boden. Am Ende könnten auch 12 Milliarden Euro nicht ausreichen. Der Bahnkonzern hat gute Chancen, dass am Ende 60% der Mehrkosten die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg zahlen müssen. Dass die Kosten von Großprojekten aus dem Ruder geraten, passiert sicher andernorts auch. Doch bei S21 ist einmalig, dass man viel und immer mehr Geld dafür ausgibt, um die Kapazität eines bestehenden, seit 90 Jahren sehr gut funktionierenden Kopfbahnhofs um mehr als 30 Prozent abzubauen – von 16 Kopfbahngleisen auf acht Durchfahringleise. Das ist exakt das Kapazitätsniveau des Bahnhofs in der Weltstadt Bietigheim-Bissingen.

Schließlich ist S21 eine Welturaufführung im negativen Sinn, weil dort 16,7 km der insgesamt 60 km langen S21-Tunnelbauten im quellfähigen Anhydrit (Gipskeuper) verlaufen. So gut

Demonstration auf dem Schlossplatz in Stuttgart am 10. September 2010.

Foto: Wikipedia, Gemeinfrei.

wie alles spricht dafür, dass es hier zu unkontrollierbaren Quellvorgängen kommt. Stufen im Breisgau, wo sich die gesamte Stadt seit Geothermie-Bohrungen im Jahr 2007 bislang um 60 Zentimeter angehoben hat, lässt grüßen.

Warum halten DB-Vorstand, Aufsichtsrat sowie die Bundes- und die Landesregierung dennoch an diesem Irrsinn fest?

W.W.: Alle sagen sie jetzt: HEUTE würde man sich nicht mehr für S21 entscheiden. Das Projekt sei jedoch „zu weit fortgeschritten“. Das ist doppelter Unsinn. Der atomare „Schnelle Brüter“ war komplett fertiggebaut – da wurden 6 Mrd. Euro (in heutigen Preisen) verbaut. Doch er wurde nicht in Betrieb genommen. Er blieb energietechnisch eine Bauruine bzw. ist jetzt ein Freizeitpark. Bei S21 wurde bislang die Hälfte verbaut. Und es gibt das ausgezeichnete Projekt „Umstieg 21“, nachdem ein größerer Teil der bisherigen Baumaßnahmen umgenutzt werden könnten im Rahmen eines modernisierten Kopfbahnhofs. Es ist die „Staatsräson“, weswegen auf Teufel komm raus weitergebaut wird. Und am Ende, wenn man sich vielleicht mal 2027 oder später der Inbetriebnahme nähern sollte, dann sind alle Verantwortlichen längst nicht mehr da – in Rente, im Sarg oder auf dem Jakobsweg nach Santiago de Compostela.

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen S21 und der Entwicklung des Kapitalismus?

W.W.: Das aktuelle Stadium des Kapitalismus ist dadurch geprägt, dass Kapitalanlagen im produktiven Sektor immer weniger den Profit einspielen, den Investoren erwarten. Immer mehr Geld fließt in Spekulation (Immobilien, Bitcoins, Aktien), in Rüstung (womit man Kriege und Flüchtlinge produziert, was neue Investitionen auslöst, um die Festungsmauern um Europa noch höher zu machen) und in absurde Großprojekte wie gigantische Tunnelbauten (Brennerbasistunnel, Val-di-Susa-Tunnel, Fehmarnbelt-Querung) oder eben in Stuttgart 21. Das bringt Baukonzernen, Banken und Versicherungen staatlich abgesicherte Gewinne. Ein willkommener Nebeneffekt ist, dass hier oft Geld für die Schiene ausgegeben wird, das dem Schienenverkehr kaum etwas bringt, oder diesem, wie bei S21, sogar schadet. Den Autokonzernen, die in Stuttgart ohnehin dominieren, kann es recht sein. Die Tatsache, dass die maßgeblichen S21-Bahnchefs Heinz Dürr, Hartmut Mehdorn und Rüdiger Grube alle aus der Daimler-Kaderschiede kamen, zuvor Top-Manager bei Daimler waren, spricht Bände.

Welche Alternativen zu S21 siehst Du und wer kann sie durchsetzen?

W.W.: Die Alternative wurde mit „Umstieg 21“ einleuchtend und durchgerechnet (mit Prüftestat von der Verkehrsberatungsgesellschaft Vieregge) vorgestellt: Erhalt des Kopfbahnhofs; Nutzung des ausgehobenen Trogs für einen unterirdischen Busbahnhof, für Fahrradstation und Parkdecks, Wiedererrichtung des Nord- und Südflügels des Bonatzbaus. Die Gleise werden – nach dem Einziehen der neuen Betondecke – wieder bis zum Quergebäude vorgezogen; alles wird mit einer modernen Glaskonstruktion mit Solarzellen überdacht, Teile der anderen bislang realisierten Tunnelbauten können teilweise für andere Zwecke umgenutzt werden. Und am Ende spart man – verglichen mit den realistischen S21-Kosten – noch 3 bis 4 Milliarden Euro.

[Die Fragen stellte W.A.] ■

Buch-Tipp:

Winfried Wolf

abgrundtief+bodenlos

Stuttgart 21, sein absehbares Scheitern und die Kultur des Widerstands

Köln 2018

373 Seiten, € 20,00 [D]

ISBN: 978-3-89438-671-9

Weitere Infos:

Broschüre zu „Umstieg 21“:
www.umstieg-21.de/broschuere.html

Auf unserer Webseite www.iso-4-rhein-neckar.de findet ihr den Audiomitschnitt der Veranstaltung vom 16.01.2018 als mp3 zum Nachhören.

Foto: Avanti²

Winfried Wolf bei der S21-Veranstaltung am 16.01.2018 in Mannheim.

Karl Marx wird 200 (Teil I)

Eine neue Biografie

MANUEL KELLNER

Karl Marx war dafür, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Aktuell bleibt auch seine Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, die „die Erde und den Arbeiter untergräbt“. Immer bereit an allem zu zweifeln, verdient er nicht zum Säulenheiligen gemacht zu werden. Sein Konzept der Selbstbefreiung der ArbeiterInnenklasse als Mittel universaler Emanzipation bleibt allerdings entscheidender Bestandteil des revolutionären Kampfs für eine weltweite sozialistische Gesellschaft.

Karl Marx wurde immer wieder zum „toten Hund“ erklärt oder wahlweise zum Verantwortlichen für den Gulag. Doch immer, wenn spektakuläre Krisen auftreten, ist seine Kritik der kapitalistischen Produktionsweise wieder in aller Munde. Seit 2013 gehören das *Kommunistische Manifest* und *Das Kapital* gar zum Weltokumentenerbe der UNESCO. Im Januar 2017 stellte *Die Zeit* in großen Lettern auf der Titelseite die Frage: „Hatte Marx doch recht?“

Seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts haben sich sozialistische Linke auf Marx berufen, die offizielle „kommunistische Weltbewegung“ hat später ihn und seinen engsten Kampfgefährten und Freund Friedrich Engels gar zu Säulenheiligen gemacht und ihre Schriften kanonisiert. Ein Zitat von ihnen war schon ein Argument, und Zitate ließen sich viele finden, um je nach Tagesbedarf diese oder jene Behauptung zu bekräftigen. „Abweichler“ von der „reinen Lehre“ des „Marxismus-Leninismus“ verfielen dem Bann wie die Häretiker der einzig seligmachenden katholischen Kirche.

„An allem ist zu zweifeln.“

Gerade zum wirklichen Karl Marx passt diese Kanonisierung überhaupt nicht. Seine Wahlsprüche waren „An allem ist zu zweifeln.“ und „Nichts Menschliches ist mir fremd.“ (also auch nicht der Irrtum).

Sein Leben lang war er unzufrieden mit allem, was er mit wissenschaftlichem Anspruch zu Papier brachte. Er warf es immer wieder um, trieb weitere Nachforschungen, schrieb eine neue Fassung, um diese alsbald wieder zu verwerfen. Gerade deshalb trieb er seine Mitstreiter oft zur Verzweiflung, weil er so gut wie nie „fertig“ wurde wegen seiner bis zur Manie gesteigerten Selbstkritik. Viele seiner uns noch heute als grundlegend erscheinenden Schriften wie etwa die *Thesen zu Feuerbach*, die *Deutsche Ideologie* oder die *Kritik des Gothaer Programms* wurden erst nach seinem Tod veröffentlicht. Er selbst hatte sie lieber der „nagenden Kritik der Mäuse“ überlassen.

Der Autor der neuen Biografie von 2017, Jürgen Neffe,* betont die Aktualität von Karl Marx. Solange es die kapitalistische Klassengesellschaft gibt, bleibe deren Kritik durch Marx grundlegend.

Neffe behandelt das Werk von Marx recht treffend. Neben der Würdigung brillanter politischer Schriften und Wortmeldungen wie dem 18. *Brumaire des Louis Bonaparte* und dem *Bürgerkrieg in Frankreich* gibt er auch eine ausführliche Darstellung der Kritik der politischen Ökonomie von Marx, die zugleich Kritik der klassischen Volkswirtschaftslehre und der kapitalistischen Klassengesellschaft war.

Wenn heute riesige Kapitalien der materiellen Produktion entzo-

gen und spekulativ investiert werden, so hat Marx bereits die dazu führenden Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise aufgedeckt.

Massenopfer für den Kapitalismus

Was ist damals wie heute? Jürgen Neffe fasst das wiederholt in verschiedener Weise zusammen. Eine dieser Textpassagen lautet wie folgt:

„Auf dem Altar des Kapitals wird nicht nur Lebensenergie von Milliarden geopfert, die den Preis in Form von Schmerzen, Erschöpfung, Angst und Depression zu zahlen haben. Die Schlachtabank der perpetuierten Verschuldung, öffentlich wie privat, fordert vielerorts in der Welt Abertausende Menschenleben in Bergwerken, Textilfabriken oder Montageturmen zur Hightechfertigung, von deren Dächern sich verzweifelt ‚Mitarbeiter‘ in den Tod stürzen. Und: Armut verkürzt das Wertvollste, was Menschen besitzen, ihre Lebenszeit.“ (S. 378.)

Kapitalismuskritik ohne Marx ist auch heute noch wie Entwicklungsbiologie ohne Darwin oder Physik ohne Einstein. Doch auch zur Frage der Alternative schreibt Jürgen Neffe erstaunlicherweise trotz allen Scheiterns des sogenannten *realen Sozialismus* im 20. Jahrhundert: „Bessere Antworten als Marx haben wir bis heute nicht gefunden.“

* Jürgen Neffe, *Marx, Der Unvollendete*, München 2017. ■

Das Kapital als Sparbüchse.

Foto: Avantf.

HERAUS ZUM FEST & UMZUG „KARL MARX 200“

SONNTAG 6. MAI 2018 – MANNHEIM-ALMENHOF

Was haben Karl Marx, Heinrich Heine, Ferdinand Lasalle und August Bebel gemeinsam? Alle waren streitbare Demokraten UND ihre Namen finden sich auf Strassenschildern im Mannheimer Stadtteil Almenhof in dessen Mitte der 48er Platz liegt, ein öffentliches Sportgelände,

dessen Name sich auf die Revolution von 1848 bezieht. Karl Marx war einer der Vordenker dieser Revolution und sein Geburtstag jährt sich in diesem Jahr zum 200. Mal. Wir meinen, Grund genug für eine Feier, ganz nach dem Motto des Jubilars:

„Man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“

Karl Marx, der am 5. Mai 1818 in Trier das Licht der Welt erblickte, war nicht nur ein Wissenschaftler, Philosoph und Ökonom, der mit seinen Theorien die Welt veränderte, er mischte sich auch aktiv in die politischen Prozesse seiner Zeit ein. „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern!“ war sein Credo. An diesen Karl Marx wollen erinnern.

Seine Analyse der kapitalistischen Profitmaximierung und deren verderbliche Wirkung für die Menschheit und den Planeten, haben bis heute Gültigkeit. Der Kapitalismus hat einen enormen Reichtum ermöglicht. Doch ballt sich dieser zunehmend bei einer winzigen Klasse von Superreichen. Ihre unkontrollierte Macht vertieft die soziale Spaltung und gefährdet unsere erkämpften demokratischen und sozialen Rechte.

Wir laden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, sich mit ihrer Phantasie und Kreativität, ihrem Witz und ihren Erkenntnissen in den geplanten bunten Festumzug durch die Almenhöfer Revolutionsstrassen einzubringen.

Zeitpunkt der politisch-kulturellen Aktion ist am Sonntag, den 6. Mai 2018, 15 Uhr.

Treffpunkt:

Freiheitsplatz/Karl Marx-Strasse.

Der Umzug endet am 1848er-Platz mit einer Abschlusskundgebung und kulturellen Beiträgen.

An diesem Ort wird es auch eine Bewirtung geben.

Wandgemälde in Chemnitz.

Foto: Avanti?.

Marx-Monument in Chemnitz.

Foto: Avanti?.

gezeichnet Festkomitee Karl Marx

(Wolfgang Alles, Mathias Kohler, Bernd Köhler, Michael Lapp, Christine Pospesch, Heiner Ritter, Roland Schuster und Christian Störz)

„Nein zum Krieg – Solidarität mit Afrin!“

L. K.

Unter dieser Losung fand am Samstag, dem 27.01.2018, vor dem Mannheimer Hauptbahnhof eine Kundgebung statt. Rund 100 Menschen waren dem Aufruf eines Bündnisses aus migrantischen und deutschen Organisationen gefolgt. Sie protestierten gegen die Militäroffensive der Türkei und ihrer dschihadistischen Hilfstruppen. Dieser völkerrechts-

widrige Überfall soll sowohl das Selbstbestimmungsrecht der Kurden unterdrücken als auch das Regime Erdogans stärken. Skandalös ist die Komplizenschaft der Bundesregierung mit der Türkei. Ihre gegen das Grundgesetz verstoßende Genehmigung deutscher Waffenexporte unterstützt den Krieg gegen die Bevölkerung in Afrin. ■

Foto: Klaus.

Mannheimer Protestkundgebung gegen den Überfall auf Afrin, 27.01.2018.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621/156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 08.02.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DI, 20.02.2018, 19:30 Uhr, Filmabend „Das Kongo-Tribunal“, Cinema Quadrat MA
- DO, 22.02.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 23.02.2018, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA